

Beschlußempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Andrea Gysi, Heinrich Graf von Einsiedel,
Hanns-Peter Hartmann, weiterer Abgeordneter und der Gruppe der PDS**
– Drucksache 13/7889 –

Atomwaffenfreie Zone in Mittel- und Osteuropa

A. Problem

Atomwaffenfreie Zonen sind ein wichtiger Beitrag zur Unterstützung der Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen. Die Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mittel- und Osteuropa erhält ihr spezifisches Gewicht dadurch, daß drei der fünf Nuklearmächte direkt als europäische Staaten in sie involviert wären. Zudem spricht dafür, daß die in Frage kommende Region de facto bereits heute eine atomwaffenfreie Zone ist und die NATO-Staaten in der NATO-Rußland-Grundakte verbindlich erklärt haben, daß sie nicht die Absicht, keine Pläne und auch keinen Anlaß haben, nukleare Waffen auf dem Hoheitsgebiet neuer Mitgliedstaaten zu stationieren, und dazu auch in Zukunft keine Notwendigkeit sehen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, der Initiative der Ukraine und von Belarus für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mittel- und Osteuropa aufzugreifen und deren Verwirklichung zu einem Ziel ihrer Außen- und Sicherheitspolitik zu erklären. Zudem soll sie den Vorschlag, die Schaffung einer solchen atomwaffenfreien Zone zum Gegenstand der NATO-Sicherheitspolitik zu machen, in die NATO-Gremien einführen und sich bereit erklären, an den vertraglichen Vereinbarungen einer solchen Zone teilzunehmen und ihr beizutreten.

B. Lösung

Ablehnung des vorliegenden Antrages der Gruppe der PDS.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Antrag auf Drucksache 13/7889 wird abgelehnt.

Bonn, den 10. Dezember 1997

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Karl-Heinz Hornhues
Vorsitzender

Dr. Friedbert Pflüger
Berichterstatter

Karsten D. Voigt (Frankfurt)
Berichterstatter

Gerd Poppe
Berichterstatter

Ulrich Irmer
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Friedbert Pflüger, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Gerd Poppe und Ulrich Irmer**I.**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 184. Sitzung am 26. Juni 1997 die Vorlage auf Drucksache 13/7889 an den Auswärtigen Ausschuß zur federführenden sowie an den Verteidigungsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Der Unterausschuß des Auswärtigen Ausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle wurde am 24. September 1997 vom federführenden Ausschuß mit der gutachtlichen Beratung beauftragt.

II.

In seiner 26. Sitzung am 8. Oktober 1997 hat der Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle den Antrag gutachtlich beraten und empfohlen, ihn abzulehnen. Dieser Beschluß wurde in Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den

Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimme der Gruppe der PDS gefaßt.

Der Verteidigungsausschuß beriet die Vorlage auf Drucksache 13/7889 in seiner 68. Sitzung am 12. November 1997 und lehnte ihn mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS ab.

III.

Am 10. Dezember 1997 hat der federführende Auswärtige Ausschuß den Antrag der Gruppe der PDS auf Drucksache 13/7889 beraten und empfohlen, ihn abzulehnen. Der Beschluß wurde mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abwesenheit der Gruppe der PDS gefaßt.

Bonn, den 10. Dezember 1997

Dr. Friedbert Pflüger
Berichterstatter

Karsten D. Voigt (Frankfurt)
Berichterstatter

Gerd Poppe
Berichterstatter

Ulrich Irmer
Berichterstatter